Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

COSTA RICA
DR. WERNER BÖHLER

Februar 2018

www.kas.de/costa-rica

Überraschende Ergebnisse bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Costa Rica

AM 1. APRIL 2018 KOMMT ES ZUR STICHWAHL

Die historisch hohe Zahl der Unentschiedenen und Wechselwähler bestimmte die Monate und besonders die letzten Tage vor den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Costa Rica am 4. Februar 2018 und machte selbst einigermaßen verlässliche Prognosen über den Wahlausgang unmöglich. Nach letzten Umfragen wenige Tage vor der Wahl war knapp die Hälfte der zur Wahl entschlossenen Wahlberechtigten noch unentschieden, welcher Partei bzw. deren Liste sie bei der Wahl zum Parlament (*Asamblea Legislativa*) ihre Stimme geben würde. Bei der Präsidentschaftswahl waren es 36,5 Prozent. Die fünf aussichtsreichsten Bewerber befanden sich in einem technischen Patt. Mit Fabricio Alvarado (PRN) und Carlos Alvarado (PAC), die sich für die Stichwahl qualifizierten, hatte noch vor einem Monat kaum jemand gerechnet.

Costa Rica zeigte sich am Wahltag erneut als ein offenes und demokratisches Land. Während des feierlichen Aktes der Bekanntgabe der Wahlergebnisse im Auditorium des *Tribunal Superior Electoral* beschrieb der Präsident des Obersten Wahlrats Lius Antonio Sobrado Gonzáles den Wahlprozess als demokratisch, frei und friedlich. Zugleich forderte er die Bürgerinnen und Bürger, aber auch die nicht gewählten Kandidaten auf, das Wahlergebnis aller Costa Ricaner zu respektieren und nun gemeinsam voranzuschreiten. Ein Ausdruck der demokratischen Kultur in Costa Rica. Allerdings verharrte die Wahlbeteiligung mit ca. 67% knapp auf dem Niveau von 2014. Für die Zukunft bleibt es eine Aufgabe der Demokraten, dieses Drittel der wahlberechtigten Bevölkerung zur Wahl zu motivieren.

Präsidentschaftswahl

Wie erwartet werden die Wähler in Costa Rica am 1. April in einer Stichwahl entscheiden, wer künftig als Präsident das Land regieren wird. Die beiden Gewinner setzten sich zwar von den auf Rang drei und vier verwiesenen Kandidaten der traditionellen Parteien PLN und PUSC ab, blieben jedoch mit 24,79% (Fabricio Alvarado) bzw. 21,76% (Carlos Alvarado) deutlich unter den 40%, die im ersten Wahlgang erforderlich sind. Die Wähler haben damit zwei widerstreitende politische Pole zumindest hinsichtlich der Frage der Familie, gleichgeschlechtlichen Partnerschaften, Sexualkundeunterricht in der Schule und der Gender-Ideologie in das entscheidende Rennen geschickt. Während der evangelikale Pastor und Journalist Fabricio Alvarado mit seiner *Partido Restauración Nacional* dazu eine eher fundamentalistische Position mit traditionellem Familienbild vertritt, stehen Carlos Alvarado und die Mehrheit seiner *Partido Acción Ciudadana* für eine offene Gender-Politik. Dass die Genderfrage kurz vor der Wahl in den Mittelpunkt der Entscheidung der Wähler rückte, ist auf das Urteil des Interamerikanischen Gerichtshofes für Menschenrechte (CIDH) zurückzuführen, das zu einem mehr als fragwürdigen Zeitpunkt ohne jede Notwendigkeit in der heißen Wahlkampfphase veröffentlicht wurde. In ersten Erklärungen verbat sich Fabricio Alvarado

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

COSTA RICA
DR. WERNER BÖHLER

Februar 2018

www.kas.de/costa-rica

noch am Wahlabend jede Einmischung in Fragen, welche die Themenbereiche „Familie“ und „das Leben“ betreffen („*Nunca más se metan con la familia, con la vida*“).

Abb.: 1 Vorläufige Ergebnisse der Präsidentschaftswahl

Emblem	Politische Partei	Stimmen	%
	RESTAURACIÓN NACIONAL	501.071	24,90%
	ACCIÓN CIUDADANA	436.383	21,68%
	LIBERACIÓN NACIONAL	374.752	18,62%
	UNIDAD SOCIAL CRISTIANA	322.524	16,02%
	INTEGRACIÓN NACIONAL	191.331	9,51%
	REPUBLICANO SOCIALCRISTIANO	99.466	4,94%
	MOVIMIENTO LIBERTARIO	20.460	1,02%
	FRENTE AMPLIO	15.828	0,79%
	NUEVA GENERACIÓN	15.312	0,76%
	ALIANZA DEMÓCRATA CRISTIANA	11.963	0,59%
	RENOVACIÓN COSTARRICENSE	11.883	0,59%
	ACCESIBILIDAD SIN EXCLUSIÓN	7.640	0,38%
	DE LOS TRABAJADORES	4.034	0,20%

12
Letzte Aktualisierung
Montag, 05. Februar 2018 08:06 a.m.

6.162
verarbeitete Wahlgremien
450 offene Wahlgremien

2.038.689
Stimmabgaben
2.012.647 gültige Stimmen
26.042 ungültige und unvollständige Stimmen

65,69 %
Wahlbeteiligung
34,31% Wahlenthaltung

Offensichtlich ließen sich die Wählerinnen und Wähler bei ihrer Entscheidung stark von diesem Thema beeinflussen. Das volatile Umfeld in der Wählerstimmung war dabei zweifelsfrei ein entscheidender Faktor. Entgegen der letzten Umfragen bis eine Woche vor der Wahl und Prognosen politischer Analysten gelang es Fabricio Alvarado aus dem Reservoir der Unentschiedenen zu schöpfen. Zusätzlich gab es unter den Wählerinnen und Wählern, die sich entschieden hatten, an der Wahl teilzunehmen, ein Kontingent von 60%, das eine Umorientierung im letzten Moment nicht ausschloss. Diese Umstände weisen auf ein relativ hohes Maß von Wählern hin, die nicht bereit waren, ihre tatsächliche Wahlentscheidung in Umfragen oder Gesprächen öffentlich kundzutun (*votos silenciosos*).

Im Gegenzug dazu profitierte Carlos Alvarado sowohl von einer Gegenreaktion bei progressiven Wählern und von der Tatsache, dass er diese konträre Position mit seiner Partei offensiv vertrat, als auch der Bildung einer kleinen Gruppe innerhalb der PAC, die eine abweichende Position zum Thema Familie einnahm. Hinzu kommt, dass bei aller Kritik an der amtierenden Regierung der Staatsapparat in den Händen der PAC war und nur eine Woche vor dem Wahltermin Staatspräsident Lius Guillermo Solis wichtige Infrastrukturprojekte besichtigte und eröffnete.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

COSTA RICA
DR. WERNER BÖHLER

Februar 2018

www.kas.de/costa-rica

Bedenklich ist, dass ein einzelnes zwar gesellschaftspolitisch relevantes, jedoch nicht existenzielles Thema die Wahl nicht nur dominierte, sondern auf der Zielgeraden auch entscheidend beeinflusste. Drängendere Herausforderungen sind die zerrütteten Staatsfinanzen, die Arbeitslosigkeit und die Kluft zwischen Arm und Reich, das Ausmaß der Kriminalität und der Korruption sowie die Verkehrsinfrastruktur oder der Abbau verkrusteter bürokratischer Strukturen. Dazu wurden von den beiden nun für die zweite Runde qualifizierten Kandidaten kaum konkrete Aussagen gemacht.

Das Ergebnis der Präsidentschaftswahl impliziert auch einen Generationenwechsel. Mit 43 Jahren (Fabricio Alvarado) und 38 Jahren (Carlos Alvarado) sind beide Kandidaten jung und gehören einer neuen Generation von Politikern an. Hinzu kommt, dass sowohl die PAC als auch die PRN junge Parteien des 21. Jahrhunderts sind. Der journalistische Hintergrund, den beide Kandidaten mitbringen, dürfte mit ein Grund dafür gewesen sein, dass sie mit den unterschiedlichen Formaten und Zeitvorgaben bei der Kandidatenvorstellung am besten umgegangen sind.

Bei den beiden auf den Rängen drei und vier folgenden Bewerbern der traditionellen Parteien ist eine Differenzierung vorzunehmen. Während Rodolfo Piza sein Ergebnis aus der vorherigen Wahl mehr als verdoppelte und bei dieser Wahl von niedrigem Niveau mit etwa 6% auf gut 16% zulegen konnte, trat Antonio Desanti mit der stärksten Partei im Rücken als Favorit an und kam in ersten Umfragen auf etwa 25%. Im Vergleich zu den 18,6% am Wahltag ist das ein deutlicher Rückgang. Der fünfte aussichtsreiche populistische Kandidat Juan Diego Castro erzielte bis Dezember 2017 in Umfragen hohe Zustimmung, die dann jedoch ab Januar 2018 kontinuierlich auf zuletzt 9,5% abbröckelte. Alle übrigen Bewerber spielten in der Entscheidung am Wahltag keine Rolle mehr.

Parlamentswahl

Gegenüber der Präsidentschaftswahl trat die Wahl zur *Asamblea Legislativa* in den Hintergrund. Leider zu Unrecht, da eine Mehrheit im Parlament Voraussetzung für eine effiziente Regierungsarbeit ist. In Costa Rica ist keine direkte Wiederwahl der Abgeordneten nach deren vierjähriger Amtszeit möglich. Folglich waren alle 57 Abgeordneten neu zu wählen. Insgesamt präsentierten 25 Parteien ihre Listen dem Obersten Wahlrat, darunter 14 nationale und elf Provinzparteien. Entgegen den Erwartungen ergab die Wahl keine weitere Fragmentierung des Parlaments, in welchem in der zurückliegenden Periode neun Parteien vertreten waren, darunter drei mit nur einem Abgeordneten. Das künftige Parlament setzt sich aus sieben Parteien zusammen, wobei es teilweise zu massiven Verschiebungen bei der Verteilung der Sitze gekommen ist. Die konservative Prägung der costa-ricanischen Gesellschaft veranlasste offensichtlich viele Wähler dazu, auf das Urteil des CIDH zu reagieren. Als Folge davon wurde das Thema Familie auch bei der Parlamentswahl ausschlaggebend für deren Wahlentscheidung. Die Partei von Fabricio Alvarado, die durchaus auch als religiöse Bewegung charakterisiert werden kann, gewann 13 Sitze hinzu und stellt künftig 14 Abgeordnete. Die regierende Partei PAC, die sich selbst als eine Mitte-links-Partei begreift, verlor aufgrund der negativen Regierungsbilanz drei Sitze. Auch die linke *Frente Amplio* (FA) erfuhr mit einem schlecht aufgestellten Personalangebot eine herbe Niederlage und stellt künftig nur noch einen Abgeordneten. 2014 gewann die FA noch neun Sitze. Die PUSC konnte einen Sitz dazu gewinnen und sich mit neun Abgeordneten weiter konsolidieren sowie als relevante Kraft mit einem werteorientierten Programm im Parlament etablieren. Die PLN verlor einen Sitz und dürfte aufgrund der Niederlage ihres Präsidentschaftskandidaten und der heftigen innerparteilichen Auseinandersetzungen mit dem Flügel um Ex-Präsident José Maria Figueres Olsen in eine Phase der Neuorientierung eintreten.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

COSTA RICA

DR. WERNER BÖHLER

Februar 2018

www.kas.de/costa-rica

Abb.2: Vorläufige Ergebnisse der Parlamentswahl

(Eigene Berechnung. In Costa Rica werden die Ergebnisse der Parlamentswahl nur nach Provinzen erstellt, da die Mandate auf dieser Grundlage berechnet werden.)

TRIBUNAL SUPREMO DE ELECCIONES, REPÚBLICA DE COSTA RICA

Parlamentswahlen

Politische Partei	**Stimmen**	**%**
LIBERACIÓN NACIONAL	54.070	19,74%
RESTAURACIÓN NACIONAL	50.222	18,61%
ACCIÓN CIUDADANA	45.347	14,57%
UNIDAD SOCIAL CRISTIANA	40.574	14,22%
INTEGRACIÓN NACIONAL	21.201	8,19%
REPUBLICANO SOCIALCRISTIANO	11.704	4,13%
FRENTE AMPLIO	10.869	3,60%
MOVIMIENTO LIBERTARIO	6.428	2,65%
ALIANZA DEMÓCRATA CRISTIANA	6.785	2,82%
ACCESIBILIDAD SIN EXCLUSIÓN	5.974	2,36%
RENOVACIÓN COSTARRICENSE	5.427	2,24%
NUEVA GENERACIÓN	5.954	2,03%
LIBERAL PROGRESISTA	2.995	0,85%
DE LOS TRABAJADORES	1.523	0,55%
San José		
VAMOS	7.493	1,13%
TODOS	7.229	1,09%
FUERZAS UNIDAS PARA EL CAMBIO	7.172	1,08%
COMUNAL UNIDO	5.572	0,84%
DE LOS TRANSPORTISTAS	4.221	0,63%
PATRIA, IGUALDAD Y DEMOCRACIA	1.662	0,25%
NUEVO PARTIDO SOCIALISTA	704	0,11%
Cartago		
ACTUEMOS YA	9.084	3,64%
Guanacaste		
UNIÓN GUANACASTECA	6.844	5,62%
	Durchschnitt	
Verarbeitete Wahlgremien	848	
Offene Wahlgremien	86	
Eingegangene Stimmen	282.434	
Gültige Stimmen	277.275	
ungültige und unvollständige Stimmen	5.159	
% Wahlbeteiligung	64,46%	
% Wahlenthaltung	35,54%	

Wie üblich gibt es auch im Präsidialsystem von Costa Rica keine festen Koalitionen. Allerdings zeigt die Erfahrung der letzten Regierungsperiode, dass die extreme Fragmentierung im Parlament und das Fehlen einer eigenen Mehrheit ein Grund für das schwache Ergebnis der Regierung von Luis Guillermo Solis waren. Insbesondere die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und der Finanzen erfordert eine stabile Mehrheit im Parlament. Unabhängig vom Ergebnis der Stichwahl wird das schwierig sein. Mit den linken Vorstellungen der PAC werden eher konservativ oder liberal geprägte Parteien ebenso Probleme haben wie mit den religiös inspirierten Politikentwürfen der PRN. Eine parlamentarische Kooperation zwischen PAC und PRN scheint ausgeschlossen. Eher möglich wäre eine Kooperation hinsichtlich der Sanierung der Finanzen oder der Schaffung von Arbeit zwischen PLN, PUSC und PRSC. Diese stellen aber nicht den Präsidenten und damit auch nicht die Regierung. Die PIN dürfte auf absehbare Zeit koalitionspolitisch keine Rolle spielen, da die Abgeordneten erst definieren müssen, ob sie inhaltlich auf der populistischen Linie ihres Präsidentschaftskandidaten Juan Diego Castro liegen oder sich ein eigenes Profil erarbeiten. Es bleibt abzuwarten, wie sich der am 1. April gewählte Präsident des Landes in dieser Situation Mehrheiten im Parlament verschaffen kann.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

COSTA RICA
DR. WERNER BÖHLER

Februar 2018

www.kas.de/costa-rica

Vorwahlphase mit abrupten Wechseln der Meinung

Zwölf Kandidaten und eine Kandidatin bewarben sich um die Präsidentschaft, darunter acht Rechtsanwälte (*abogados*), drei Journalisten, darunter ein evangelikaler Pastor, ein pensionierter Arzt sowie ein Lehrer und Gewerkschafter. Ebenso wie 2014 war mit 13 Kandidaten eine Rekordzahl erreicht. Diese Entwicklung ist auf das Ende des traditionellen Zweiparteiensystems seit der Jahrtausendwende - überwiegend ausgelöst durch Korruptionsskandale - zurückzuführen. 2002 ist dabei eine Zäsur: Erstmals wurde eine Stichwahl bei der Präsidentschaftswahl erforderlich, da keiner der Kandidaten die erforderlichen 40% für die direkte Nominierung erreichte. Beendet wurde damit auch die Phase der stabilen absoluten Mehrheiten in der 57 Mitglieder zählenden *Asamblea Legislativa*. Somit wurde eine neue Streitkultur im Parlament notwendig. Künftig werden sieben Parteien im Parlament vertreten sein, wodurch die Bildung einer Regierungsmehrheit erschwert wird und Formelkompromisse dominieren dürften. Dabei bräuchte das Land nichts dringender als eine stabile Regierung und eine starke Führung, um die notwendigen einschneidenden Reformen anzugehen und mehrheitlich durchzusetzen.

Nach der Phase der parteiinternen Wahlen in der ersten Jahreshälfte 2017 zeichnete sich eine Renaissance der klassischen Parteien, der ehedem sozialdemokratisch, heute eher neoliberal ausgerichteten *Partido Liberacion Nacional* (PLN), und der christlich-sozialen *Partido Unidad Social Cristiano* (PUSC) mit ihren Kandidaten Antonio Alvarez Desanti bzw. Rodolfo Piza Rocafort, ab. Diese Tendenz war erkennbar, obwohl im Oktober 2017 über 40% der befragten Bürger trotz der Vielzahl der Bewerber für keinen Kandidaten stimmen wollten und 2/3 für keine Partei Sympathien hatte.

Der Korruptionsskandal „*Cementazo*“, der bereits seit Jahresmitte schwelte, dominierte im Herbst 2017 die Berichterstattung der Medien und veränderte die Situation und die Stimmung in der Bevölkerung nachhaltig. Ausschlaggebend dafür war die Festnahme des Unternehmers Juan Carlos Bolanos (JCB), Präsident der neu gegründeten Importfirma für Zement aus China *Sinocem* sowie fünf leitenden Geschäftsführern der staatlichen Bank BCR Anfang November. Dabei ging es um einen Kredit in Höhe von 30 Millionen US-Dollar, der aufgrund einer zwielichtigen Aufforderung von Seiten des Präsidialamts ohne weitere Prüfung der Bonität gewährt wurde. Suspendiert wurde auch der Generalstaatsanwalt, welcher trotz bestehenden Verdachts keine Untersuchung einleitete. Des Weiteren wurde der Vorsitzende Richter der dritten Kammer des Obersten Gerichtshofs freigestellt. Beide waren mit JCB eng befreundet und nahmen u.a. Gefälligkeiten wie Flüge in dessen Privatflotte oder teure Unterkünfte kostenlos in Anspruch. Gleiches gilt für Abgeordnete fast aller im Parlament vertretenen Parteien. Am 30. November wurden die Räume betroffener Abgeordneter sowie deren Berater im Parlament von der Staatsanwaltschaft unter Leitung der Interims-Generalstaatsanwältin durchsucht. Ebenso betroffen war der stv. Finanzminister, welcher nach langem Zögern dem öffentlichen Druck nachgab und vom Amt zurücktrat. Die Regierung und Staatspräsident Luis Guillermo Solis rechtfertigten die Unterstützung von Sinocem mit dem Argument der Öffnung des Marktes im Interesse der Verbraucher und dem Ziel der Beendigung des Duopols der beiden internationalen Zementkonzerne Holcim und Cemex. Dies ist eine ordnungspolitisch höchst zweifelhafte Begründung.

Für die Costa Ricaner zerbrach damit das positive Bild „ihrer Demokratie“. Die Gewaltenteilung und die Unabhängigkeit der Justiz waren in der Perzeption der Bürgerinnen und Bürger erstmals ernsthaft gefährdet. Costa Rica blickt auf eine seit den 50er Jahren bestehende stabile Demokratie zurück und zählt mit Uruguay zu den demokratischsten Ländern der Region. Daher waren die Auswirkungen des *Cementazo*, eines Korruptionsskandals, in den alle drei staatlichen Gewalten, Politiker, Parteien und einflussreiche Staatsbanken verstrickt waren, umso nachhaltiger. Eine Umfrage im Mai 2017 ergab, dass für 85% der Costa Ricaner Korruption im Land gegenwärtig ist und sechs von zehn Befragten der Meinung sind, dass

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

COSTA RICA
DR. WERNER BÖHLER

Februar 2018

www.kas.de/costa-rica

Korruption in den vergangenen zwei Jahren erkennbar zugenommen hat. Die längerfristigen Auswirkungen auf diese Entwicklung zeigen die besorgniserregenden Ergebnisse des *Latinobarometro*. Die Unterstützung der Demokratie sank in der Bevölkerung in nur 25 Jahren von 80,3% im Jahr 1996 auf 56,8% 2015. Im gleichen Zeitraum verdoppelte sich die Anzahl der Befürworter einer autoritären Regierung auf 15%, während 1/5 der Bevölkerung einer demokratischen oder autoritären Regierung indifferent gegenüber steht.

Diese Situation nutzte der Populist Juan Diego Castro geschickt und präsentierte sich als Anti-System-Kandidat, indem er den Kampf gegen die Korruption, das Thema Bürgersicherheit und die Bekämpfung der ausufernden Bürokratie in den Mittelpunkt seiner Wahlkampagne rückte. Als Voraussetzung für seine Kandidatur benötigte er eine Partei, da das Wahlrecht von Costa Rica unabhängige Kandidaturen nicht zulässt. Die Kleinstpartei PIN (*Partido Integracion Nacional*), die weder im Parlament vertreten war noch über ein Programm oder ministrables Personal verfügt, war bereit diesen aufzunehmen. Sie sah sich damit in einer Win-Win-Situation mit Castro. Die Umfragewerte stiegen für Juan Diego Castro beständig an. Ende November 2017 lag er mit 17 % in Front und verwies die Kandidaten der beiden traditionellen Parteien auf die folgenden Ränge. Als Juan Diego Castro jedoch im Januar 2018 Journalisten der Zeitung *La Nación* Psychopathen nannte und nicht belegte anzügliche Anschuldigungen gegen den Obersten Gerichtshof erhob, sanken die Zustimmungswerte bei Schwankungen drastisch ab.

In dieser Phase kam es zwei Wochen vor dem Wahltermin zu einem weiteren Einschnitt, den das Urteil des Interamerikanischen Gerichtshofes für Menschenrechte vom 9. Januar auslöste. Die Entscheidung des in San Jose ansässigen Gerichts verpflichtete Costa Rica auf der Grundlage der Amerikanischen Menschenrechtskonvention, die Gleichbehandlung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften zu garantieren und alle gesetzlichen Regelungen entsprechend anzuwenden. Ursächlich für die Befassung des Gerichts mit diesem Thema war eine Anfrage vom Oktober 2016 durch die amtierende Regierung unter Führung des Präsidenten Luis Guillermo Solis von der linksorientierten PAC. Dieser Schritt war politisch-taktisch motiviert, da die PAC für eine gesetzliche Regelung im Parlament nicht die erforderliche Mehrheit hatte. Warum der CIDH seine Entscheidung in der heißen Wahlkampfphase verkündete, obwohl dafür keine zeitliche Vorgabe bestand, bleibt offen. Jedenfalls veränderte sich die Rangfolge aufgrund des Urteils dramatisch. Mit Fabricio Alvarado Muñoz von der Kleinpartei *Partido Reconstrucción Nacional* (PRN) lag nun mit 17% ein evangelikaler Pastor und Journalist nach Umfragen von Mitte Januar in Front. Diese sicherlich emotional geprägte Reaktion der Wähler ist keineswegs überraschend, wenn man bedenkt, dass die costaricanische Gesellschaft im Grundsatz konservativ geprägt ist. Dies wird durch Umfragen des CIEP (*Centro de Investigación y Estudios Politicos*) der UCR (*Universidad de Costa Rica*) vom März 2017 belegt, wonach 70% der Bevölkerung eine konservative Orientierung hat. Umfragen vom Januar 2018 bestätigen, dass 3/4 der repräsentativ Befragten die Entscheidung des CIDH zur Kenntnis genommen haben und 67 % das Urteil ablehnen. Die Auswirkungen auf die Wählerpräferenz bezeichnet das CIEP als „*shock externo*“ oder auch als „*shock religioso*“.

Andererseits belegt dieselbe Umfrage, dass weiterhin Arbeitslosigkeit, Sicherheit der Bürger und Korruption als wichtigste Probleme des Landes angesehen werden. Angesichts der weiterhin knapp 30% der Unentschiedenen eine Woche vor der Wahl und fortbestehender Volatilität bei den zur Wahlteilnahme entschiedenen Wählern blieb die Frage offen, ob nicht längerfristige politische Überlegungen die Entscheidung in der Wahlkabine prägen würden. Letzte Umfragen durften nur bis zum 28. Januar stattfinden und veröffentlicht werden.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

COSTA RICA
DR. WERNER BÖHLER

Februar 2018

www.kas.de/costa-rica

Bilanz der Regierung Solis – Herausforderungen für die künftige Regierung

Costa Rica braucht einschneidende Reformen, um das Land zukunftsfähig zu machen. Mit diesem Ziel trat Staatspräsident Luis Guillermo Solis vor vier Jahren sein Amt an. Seine Reformversprechen nach acht Jahren PLN-Regierungen waren weitgehend und die Erwartungen an den damals unbekannten Universitätsprofessor und den mit seiner Partei PAC versprochenen Wechsel (*Cambio*) groß. Im Laufe der Zeit jedoch verblasste der Anspruch einer transparent geführten Regierung und der ambitionierten „*Casa de Cristal*“, als die das Präsidialamt von der Bevölkerung künftig wahrgenommen werden sollte, ebenso wie die beherzte Umsetzung zukunftsweisender politischer Entscheidungen. Am Ende seiner vierjährigen Amtszeit stellte die anerkannte Wochenzeitung *El Financiero* (Nr. 1165, 27.1.-2.2.2018) ein schwaches Zeugnis aus. Neben der Korruption bleiben das staatliche Defizit, die hohe Kriminalität und die Verkehrsinfrastruktur als Erbe für die künftige Regierung.

Die finanzielle Lage des Landes ist bedenklich. In einer im Fernsehen übertragenen Ansprache des Präsidenten erklärte Luis Guillermo Solis im September 2017, das Land sei nicht solvent und es müssten drastische Einsparungen im Staatshaushalt vorgenommen werden. Gleichzeitig beruhigte er die Menschen und kündigte an, dass Löhne und Gehälter einschl. Weihnachtsgratifikation, Rentenzahlungen und Sozialleistungen u.a. an Behinderte pünktlich geleistet würden. Der von Finanzminister Helio Fallas vorgelegte Haushalt für 2018 in Höhe von 9,3 Billionen Colones weist einen Fehlbetrag von 44% auf, der über Kredite finanziert werden soll. Der Versuch der Regierung, die Mehrwertsteuer und andere Steuern zu erhöhen, fand jedoch im Parlament in Ermangelung einer eigenen Mehrheit keine Zustimmung. Zugleich ist die Staatsverschuldung seit 2014 um 10% angestiegen und beträgt inzwischen 50 % des BIP (2017). Daneben stieg auch das Haushaltsdefizit in der zurückliegenden Regierungsperiode weiter auf 6,2% an und erreicht damit den höchsten Stand seit 34 Jahren. Die Zentralbank prognostiziert in ihrem jüngsten makroökonomischen Ausblick einen Anstieg des Fiskaldefizits auf 7,9% bis 2019 und befürchtet eine Eintrübung der wirtschaftlichen Aussichten des Landes. Als Folge des erweiterten Finanzbedarfs des Staates zeichnet sich eine Verknappung des Kreditangebots in Landeswährung ab, mit der Folge ansteigender Zinsen und zunehmender Inflation, die binnen Jahresfrist um 1,5% auf 5,95% 2017 angestiegen ist. Gefahr droht auch von den internationalen Märkten, insbesondere der Zins- und Kursentwicklung des US-Dollar. Reaktionen gibt es bereits von den Ratingagenturen Moodys und Fitch. Während Moodys es noch bei einem warnenden Hinweis beließ, stufte Fitch die Aussichten von stabil auf negativ ab.

Verantwortlich für das seit Jahren ungebremste Ansteigen des Defizits der öffentlichen Haushalte sind u.a. die ausufernde Bürokratie, teilweise sich gegenseitig widersprechende und blockierende gesetzliche Regelungen und Verordnungen, verkrustete und für die Größe des Landes überdimensionierte Behörden und wettbewerbshemmende Faktoren, wozu nicht zuletzt die staatlichen Unternehmen und Banken beitragen. Costa Rica hat die höchsten Preise für Elektrizität in Zentralamerika. Das nationale Bildungsinstitut INA funktioniert eher als eine Behörde mit veraltetem Gerät, denn als kreative moderne berufliche Bildungseinrichtung. Die flächendeckende Einführung der Dualen Ausbildung scheitert bislang an der Uneinigkeit der konkurrierenden vier Gewerkschaften in diesem Sektor. Andererseits drängen junge Menschen nach Abschluss der Sekundarstufe oder der Universität in staatliche Beschäftigung. Ein Grund dafür sind die gezahlten „*Sobresueldos*“. Diese einst als Leistungsanreize eingeführten Lohn- und Gehaltszuschläge übersteigen in vielen Fällen das eigentliche Gehalt, teilweise um mehr als das Doppelte des Grundgehalts.

Die Kriminalität stieg in der zurück liegenden Dekade deutlich an. Insbesondere der illegale Drogenschmuggel und der Drogenhandel sind in Costa Rica sprunghaft angestiegen und es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht große Mengen Drogen entdeckt und sichergestellt werden. Costa Rica ist dabei sowohl Transitland als auch ein Konsumentenmarkt. Dabei erleich-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

COSTA RICA
DR. WERNER BÖHLER

Februar 2018

www.kas.de/costa-rica

tern das demokratische System des Landes und die offenen, kaum kontrollierten See- und Landgrenzen sowie der illegale Verkehr von Kleinflugzeugen den Kriminellen das Geschäft. Immer öfter kommt es zu offenen Auseinandersetzungen und Schießereien konkurrierender Banden, insbesondere im karibischen Limon. Entsprechend erreichte die Mordrate 2017 mit 603 Toten einen traurigen Höchststand. Umgerechnet entspricht das 12,1 Morden pro 100.000 Einwohner. Die weltweite Rate liegt bei 5,9%. Immer mehr Einwohner schützen ihr Eigentum mit Stacheldraht- oder Elektrozäunen - ein vor einigen Jahren noch ungewohntes Bild in Costa Rica. Spanien und weitere europäische Länder reagierten bereits und setzten Costa Rica auf die Liste der großen Drogenexportländer. Problematisch ist diese Entwicklung auch für das Image des Landes als sicheres Reiseland mit attraktivem Öko-Tourismus, der sich im hochpreisigen Segment bewegt.

Der Verkehrskollaps aufgrund ausbleibender Investitionen in die Infrastruktur in der Hauptstadt, aber auch bei den überregionalen Verkehrsadern bedeutet täglich Stau und verlorene Zeit auf den Straßen oder im öffentlichen Nahverkehr als Folge von unkoordinierten Busverbindungen und veralteten Zügen. Seit Jahrzehnten wurde nur geringfügig in den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur investiert, während gleichzeitig täglich neue Autos zugelassen wurden. An Lösungsvorschlägen mangelt es nicht: Diese reichen von einer U-Bahnlinie über elektrifizierte Straßenbahnen, den Bau von Brücken zur Behebung von „Flaschenhälsen“ bis hin zu einem integrierten Verkehrsverbund in der Hauptstadtregion (GAM).

Zu diesen am meisten drängenden Problemstellungen können weitere hinzugefügt werden. Dazu zählen u.a. der Abbau der Arbeitslosigkeit von über 9%, eine tiefgreifende Bildungsreform, regionale Wirtschaftsförderung, insbesondere der Klein- und mittelständischen Unternehmen, oder eine ordnungspolitisch gestaltete und effiziente Wettbewerbspolitik.

Costa Rica braucht eine politisch handlungsorientierte Regierung mit einer starken Führung, die in dem bestehenden politischen System vom Staatspräsidenten ausgehen muss. Das zu erreichen wird angesichts der dispersen Zusammensetzung der *Asamblea Legislativa* mit sieben Parteien nicht einfach sein.

In eigener Sache: Electo-KAS

Das Auslandsbüro der KAS entwickelte für die Wahlen am 4. Februar 2018 eine App *„Electo-KAS“*. Die App konnte jeder kostenfrei auf ein mobiles Endgerät laden und sich über die Wahl, die Kandidaten für die Präsidentschafts- und Parlamentswahl, Parteien und deren Programme informieren. Wichtige Dokumente und Debatten waren ebenfalls abrufbar. Zusätzlich wurde über den Ablauf der Wahlen informiert. Durch Eingabe der Ausweisnummer wurde dem potenziellen Wähler das eigene Wahlbüro identifiziert.

Neben der zur Verfügung gestellten Information bestand die Möglichkeit der Teilnahme an einer Simulation der Wahlhandlung - entweder individuell oder in Gruppen. Dabei war Missbrauch ausgeschlossen, da sich jedes Endgerät nur einmalig an der Abstimmung beteiligen konnte.

Die Ergebnisse der nationalen Simulation waren nicht repräsentativ und erfüllten auch nicht die Anforderungen an eine repräsentative Umfrage. Hauptanliegen war es, ein zusätzliches Angebot zur Information der Wählerinnen und Wähler anzubieten und zu einer bewussten Wahlentscheidung zu motivieren. *Electo-KAS* wurde als didaktisches Instrument konzipiert, mit dem ein Lerneffekt erzielt werden soll. Als besondere Zielgruppe beabsichtigte die *Electo-KAS* Jugendliche und Erstwähler anzusprechen, die vor allem über das Smart-Phone erreichbarer sind als mit traditionellen Werbemitteln. Damit sollte auch die unterdurchschnittliche Wahlbeteiligung der Jugendlichen gesteigert werden.

Die *ElectoKAS* wurde von 5.280 Personen auf ein mobiles Endgerät geladen. An der Simulation beteiligten sich 2.861 Personen. Das nicht repräsentative Abstimmungsergebnis deckt sich in Bezug auf die Stichwahl mit dem realen Wahlergebnis. Allerdings schnitten die beiden Bewerber in umgekehrter Reihenfolge ab.